

§ 20.

Ueber die Gültigkeit und Ungültigkeit der Wahlzettel entscheidet mit Vorbehalt der Prüfung des Landtags (vergl. § 25) zunächst der Wahlvorstand des Bezirks nach Stimmenmehrheit seiner Mitglieder.

Die ungültigen Stimmzettel sind zum Zwecke der Prüfung durch den Landtag dem Protokoll beizufügen. Die gültig befundenen bewahrt der Vorsteher der Wahlhandlung in dem Wahlbezirke solange versiegelt, bis der Landtag die Wahl definitiv gültig erklärt hat.

§ 21.

Die Wahlen der Abgeordneten sind im ganzen Fürstentum an dem von dem Ministerium bestimmten Tage von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr vorzunehmen.

Die Wahlvorsteher, bezüglich Wahlkommissare veröffentlichen diesen Tag in ihren Wahlbezirken bezüglich Wahlkreisen in ortsüblicher Weise, bezüglich durch die Lokalblätter sofort nach geschehener Anberaumung und bestimmen dabei die Wahllokale.

§ 22.

Das Ministerium ordnet das Wahlverfahren, soweit dasselbe nicht durch das gegenwärtige Gesetz festgestellt worden ist, durch ein Wahlreglement.

§ 23.

Die gewählten Abgeordneten werden durch den betreffenden Wahlkommissar von der auf sie gefallenen Wahl schriftlich in Kenntnis gesetzt und haben sich binnen acht Tagen vom Tage der Behändigung dieser Notifikation an gegen letzteren über Annahme oder Ablehnung der Wahl ebenfalls schriftlich zu erklären.

Ist jemand gleichzeitig in verschiedenen Wahlkreisen gewählt, so hat er sich zu erklären, von welchem dieser Wahlkreise er die Wahl annehmen will.

Eine Annahmeerklärung unter Protest oder unter Vorbehalt oder Stillschweigen innerhalb der gesetzlichen Erklärungsfrist gilt als Ablehnung und hat eine neue Wahl zur Folge.